



Vorlage KuSA_18/2017
zur öffentlichen Sitzung
des Kultur- und Schul-
ausschusses am 26.06.2017

mit 8 Anlagen

An die
Mitglieder
des Kultur- und Schulausschusses

Sachstandsbericht Europaangelegenheiten

Turnusmäßig berichten wir im Kultur-, Schul- und Europaausschuss über aktuelle Entwicklungen und Vorgänge auf europäischer Ebene, die den Landkreis Ludwigsburg betreffen. Dieses Mal geht es vor allem um den Zustand und die Sorge um die Zukunft der Europäischen Union.

I. Diskussionen über die Zukunft der EU

In den vergangenen Monaten mehren sich die Diskussionen und Überlegungen zur Zukunft der Europäischen Union. Nach Monaten des gefühlten Stillstands und des ergebnislosen „Sich-im-Kreis-Drehens“ um immer gleiche Fragen und starre Positionen scheint sich in der öffentlichen Wahrnehmung und offenbar auch bei der EU selbst ein Stimmungswandel abzuzeichnen; das Schlechtreden der EU hat – hoffentlich nicht nur kurzfristig – ein Ende, eine Aufbruchsstimmung ist deutlich spürbar. Hierfür sind verschiedene – teils auch externe – Gründe ursächlich: Zum einen kann ein „Weiter so“ nicht mehr funktionieren, zumal mit dem Brexit Tatsachen geschaffen worden sind und die Bedrohung der Demokratie durch populistische Tendenzen nach wie vor vorhanden ist. Der Einzug der Kandidatin des rechtsextremen Front National in die Stichwahl zur französischen Präsidentschaftswahl und immerhin fast 34 Prozent im zweiten Wahlgang für sie sprechen eine deutliche Sprache. Immerhin war aber der Wahlausgang in den Niederlanden und vor allem in Frankreich, bei dem die pro-europäischen Kandidaten letztendlich deutlich gewonnen haben, ein Signal zum Erhalt und zur Neuausrichtung Europas. Besonders der neue französische Präsident Emmanuel Macron spricht sich klar für eine Vertiefung der deutsch-französischen Zusammenarbeit und für eine verstärkte europäische Integration aus. Gleichwohl hat er angekündigt, sich für eine – dringend notwendige – Neuausrichtung Europas einzusetzen. Das sind mutige Ansätze, die auf eine positivere Stimmung hoffen lassen.

Die EU muss sich Gedanken machen, wie sie in Zukunft aufgestellt sein möchte. Die Frage ist umso dringender, als mit der Wahl des neuen US-Präsidenten ein langjährig bewährter und verläSSLicher globaler Bündnispartner der EU wegfällt. Europa muss sich daher schnellstmöglich auf eine gemeinsame Linie einigen und ein starker Gegenpol zu den USA werden, denn nur eine starke EU

kann der neuen US-Politik etwas entgegensetzen. Weitere Gegenpositionen zu den europäischen Werten finden sich zudem bei der russischen und türkischen Regierung. So könnte die gegenwärtige Krise innerhalb der EU und auch die weltpolitisch zunehmend unsichere Lage im besten Falle eine Chance für die EU zur Neuausrichtung und Stärkung darstellen. Wenn sie es jetzt nicht schafft, sich dieser Herausforderung zu stellen, ist fraglich, ob es dafür noch eine zweite Chance geben wird. Europa muss eine starke Koalition gegen die Politik des derzeitigen US-Präsidenten und weiterer Gegner einer freiheitlich-demokratischen Weltordnung bilden!

Ein einiges Europa – wenn nicht jetzt, wann dann? Wir brauchen einen Aufbruch, einen Neustart!

Dies hat auch die Europäische Kommission erkannt und im März 2017 ein sogenanntes Weißbuch zur Zukunft der EU veröffentlicht. Darin werden verschiedene Szenarien beleuchtet, wie die EU sich ab 2025 weiterentwickeln könnte. Die besagte Broschüre erhalten Sie als **Tischvorlage** in der Sitzung. Am wahrscheinlichsten gilt im Moment ein „Europa der zwei Geschwindigkeiten“, das es denjenigen Staaten, die mehr europäische Zusammenarbeit wünschen, erlaubt, sich stärker einzubringen und zu vernetzen. Für diesen Ansatz haben sich auch die deutsche Kanzlerin Merkel und der damals noch amtierende französische Präsident Hollande ausgesprochen. Zu diesem Thema und den Überlegungen über die Zukunft der EU finden Sie in der **Anlage** außerdem vier Presseartikel aus der Ludwigsburger Kreiszeitung („Aus der Krise kann eine Chance erwachsen“ mit Kommentar „Europa als Antwort“, Anlage 1), den Stuttgarter Nachrichten (Kommentar „Die entwertete Freundschaft“, Anlage 2), der Stuttgarter Zeitung (Kommentar „Mehr wollen, mehr tun“, Anlage 3), sowie dem Spiegel (Leitartikel „Alles auf Anfang“, Anlage 4).

Es liegt aber nicht nur an der höchsten politischen Ebene, sich Gedanken darüber zu machen, wie es mit Europa weitergehen soll und welches Europa wir uns künftig wünschen. Diese Frage geht uns alle an! **Wir müssen auf die Straßen gehen, in die Schulen, in die Betriebe und Freizeiteinrichtungen.** Sie finden daher zu diesem Thema als weitere **Tischvorlage** eine Broschüre der Landeszentrale für politische Bildung zur „Zukunft der Europäischen Union: Rückbau oder Vertiefung?“ vor, die wir Ihnen zur Lektüre an die Hand geben möchten. Auch wir Bürgerinnen und Bürger sind gefragt – bereits heute mit Blick auf die Europawahl in zwei Jahren. Hier kommt Ihnen als Kommunalpolitikerinnen und -politiker eine wichtige Rolle zu. Denn wir alle müssen dafür werben, dass die Bürgerinnen und Bürger sich mehr mit Europa befassen und das europäische Projekt durch ihre Unterstützung und Zustimmung auf eine tragfähige Basis stellen.

II. Veranstaltung „Die Zukunftsfähigkeit der Europäischen Union“ am 11. April 2017 im Kreishaus

Als diesjährigen Beitrag zum Thema Europa hat die Kreisverwaltung gemeinsam mit dem Kreisverband der Europa-Union am 11. April 2017 zu einer Vortrags- und Diskussionsveranstaltung in den Großen Sitzungssaal des Kreishauses eingeladen. Dabei sprach der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union und CDU-Bundestagsabgeordnete, Gunther Krichbaum, über die „Zukunftsfähigkeit der Europäischen Union“. Sein Appell an die mehr als 180 Zuhörerinnen und Zuhörer: „Wir brauchen Mut, nicht Kleinmut in der EU, um die Zukunft für uns zu meistern. Wir Europäer müssen zusammenstehen – nur gemeinsam sind wir stark.“ Landrat Dr. Rainer Haas, zugleich Vorsitzender des Kreisverbands der Europa-Union, hatte zuvor die Besucherinnen und Besucher begrüßt und den Redner vorgestellt, der in Korntal geboren wurde und seit 2002 den Wahlkreis Pforzheim/Enzkreis im Bundestag vertritt.

Gunther Krichbaum blickte auf die Geschichte der EU zurück. Es habe immer wieder Krisen gegeben, „zwei Schritte vor, einer zurück“ gehöre dabei dazu. Die EU habe den Anspruch gehabt, auch politisch zur Union zu werden. Die Umsetzung dieses Anspruchs sei durch die allmähliche Erweiterung der EU von sechs Gründerstaaten auf 28 Staaten und die notwendigen Abstimmungsprozesse komplizierter geworden. Dadurch sei der Nationalismus so bedeutend geworden wie nie zuvor. Auch auf die politische Situation der Türkei und ihrer Nachbarländer ging er ein. Diese Länder im Spannungsfeld zwischen Russland und den USA dürften mit ihren Problemen, beispielsweise der Flüchtlingsthematik, nicht allein gelassen werden. Neben weiteren Themen kam er auf den Brexit zu sprechen. Die Kampagne, die der Volksabstimmung in Großbritannien über den EU-Austritt voranging, habe viele Argumente verwendet, die nichts mit Europa zu tun hatten. Nun stünden in dem sehr kurzen Zeitraum von zwei Jahren harte Verhandlungen bevor, bei denen keiner der beiden Verhandlungspartner gewinnen könne. Ferner ging der Referent auf den erstarkenden Populismus ein. Wenn in den Parlamenten der Mitgliedsstaaten die Europabefürworter nur noch knapp in der Mehrheit seien, mache das die Situation der EU nicht einfacher. „Jedes Land ist zu klein, um globale Probleme, wie den Terror oder den Klimawandel, allein zu lösen oder Herausforderungen, wie Großforschungsprojekte oder Industrieprojekte, allein zu stemmen. Das funktioniert jeweils nur europäisch“, stellte er klar, und wies darauf hin, dass der Landkreis Ludwigsburg und das Land Baden-Württemberg dem europäischen Projekt wegen ihrer Exportorientiertheit und der geostrategischen Lage im Herzen Europas viel zu verdanken hätten.

Im Anschluss an seinen Vortrag nutzte das Publikum die Möglichkeit, zahlreiche Fragen zu stellen und eigene Gedanken zu äußern. Dabei ging es um die Schaffung von Arbeitsplätzen im Ausland, die Lage der 2007 hinzugekommenen EU-Mitglieder Bulgarien und Rumänien, die Situation in der Türkei, Korruptionsbekämpfung, falsche Schuldzuweisungen an die EU, die Finanzkrise und die nötigen Strukturreformen, Jugendarbeitslosigkeit und Fachkräftemangel, den gemeinsamen Wertekanon der EU, die emotionale Identifikation mit den Zielen der EU und den Auftrag an die Politik, Probleme zu lösen.

III. Feierlichkeiten zu 60 Jahren Römische Verträge

Ende März wurde in Rom unter Beteiligung vieler EU-Vertreter der 60. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge gefeiert. Mit diesen Verträgen wurde 1957 die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EAG, Euroatom) sowie die Einrichtung von gemeinsamen Organen für die Europäischen Gemeinschaften (parlamentarische Versammlung, Gerichtshof und Wirtschafts- und Sozialausschuss) beschlossen. Die Verträge traten 1958 in Kraft. Unterzeichner waren die bekannten Gründungsmitglieder der EU: Belgien, Niederlande, Luxemburg, Deutschland, Frankreich und Italien. Mit den Verträgen wurde – nach der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, Montanunion) von 1951 – der nächste, noch bedeutendere Schritt zur weiteren europäischen Integration unternommen.

Auch der CEMR (Council of European Municipalities and Regions = der europäische Verband des RGRE, Rat der Gemeinden und Regionen Europas) war an den Feierlichkeiten beteiligt. Die Union Europäischer Föderalisten, der europäische Dachverband der Europa-Union (EUD), bzw. deren Jugendverband, die Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) veranstaltete einen sogenannten March for Europe, an dem einige Tausend Menschen teilnahmen. Eine Broschüre mit dem Titel „60 Gründe für die EU. Warum wir die EU nach wie vor brauchen“, die die Europäische Kommission anlässlich dieses Jahrestags veröffentlicht hat, liegt in der Sitzung als **Tischvorlage** aus. Zudem ist in **Anlage 5** ein Artikel aus dem Spiegel („Und sie bewegt sich doch“) beigefügt.

IV. Aktivitäten des RGRE und des CEMR

Auch der RGRE sowie der CEMR befassen sich in ihrer Arbeit im Moment verstärkt mit der Frage, wie es mit der EU weitergeht, und vor allem damit, welche Rolle der kommunalen Ebene dabei zukommt und welche Interessen die Kommunen in Europa diesbezüglich haben. Am 12. und 13. Juni findet die nächste Sitzung des Europäischen Hauptausschusses des CEMR (Policy Committee) im griechischen Chios statt. Landrat Dr. Haas als Co-Präsident des europäischen Kommunalverbandes wird daran teilnehmen. In ihrer letzten Präsidiumssitzung Ende April hat die Deutsche Sektion des RGRE die als **Anlage 6** beigefügte Resolution zur Zukunft der Europäischen Union verabschiedet. Auch der CEMR plant derzeit eine ähnliche Resolution. Ein weiterer aktueller Aspekt in der Arbeit der Deutschen RGRE-Sektion sind in den letzten Monaten die deutsch-türkischen Kommunalpartnerschaften vor dem Hintergrund der neuesten Entwicklungen in der Türkei.

V. Bürgerbewegung Pulse of Europe

Ein wichtiges Zeichen für Europa setzt derzeit die Bürgerbewegung „Pulse of Europe“. Sie hat sich im vergangenen Jahr gegründet und erfreut sich wachsenden Zulaufs. Jeden ersten Sonntag im Monat veranstaltet sie um 14 Uhr auf zentralen Plätzen in vielen größeren Städten Europas – darunter auch Stuttgart, Mannheim, Tübingen und Ulm – proeuropäische Kundgebungen und setzt so ein Zeichen gegen den Populismus und für die europäischen, demokratisch-freiheitlichen Grundwerte. Die Stuttgarter Zeitung titelte darüber sehr treffend: „Das Dafür ist das neue Dagegen“ – den Artikel finden Sie in **Anlage 7**, ebenso einen weiteren Artikel aus der gleichen Zeitung unter dem Titel „Unser Europa“ (**Anlage 8**). Bei letzterem handelt es sich um einen interessanten Gastbeitrag von Jagoda Marinic, der Leiterin des Interkulturellen Zentrums in Heidelberg.

Die Bewegung Pulse of Europe untermauert einmal mehr, dass Europa nur prosperieren kann, wenn es von den Bürgerinnen und Bürgern getragen und unterstützt wird. In diesem Zusammenhang sei auch nochmals erwähnt, dass Europa in ganz besonderem Maße das Engagement und die Unterstützung der Jugend benötigt, für die viele Errungenschaften der letzten Jahrzehnte heute selbstverständlich sind. Europa braucht mehr Zusammenhalt und aktive Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger, um weiter gedeihen zu können. Dafür ist die Bürgerbewegung Pulse of Europe ein bedeutendes Signal.

VI. Transparenzregister

Die EU-Kommission hat im Herbst einen neuen Vorschlag für die interinstitutionelle Vereinbarung zum verpflichtenden Europäischen Transparenzregister vorgelegt. Dieser neue Vorschlag stellt eine Richtungsänderung dar und enthält nun – entgegen dem letzten Vorschlag vom Herbst 2014 – eine Ausnahme von der Eintragungspflicht für öffentliche Gebietskörperschaften und deren Verbände. Dies entspricht den Forderungen des Rats der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE), des Deutschen Landkreistags und anderer kommunaler Spitzenverbände sowie von Landrat Dr. Haas, die sich in den vergangenen Jahren mehrfach für die Wiedereinführung einer Ausnahme der kommunalen Ebene, die nicht den Lobbyisten von Wirtschaftsverbänden gleichgesetzt werden darf, eingesetzt haben. Durch die Vorlage wird deutlich, dass die EU-Kommission letztendlich die verfassungsmäßige Rolle der Kommunen und der kommunalen Verbände als dritte Ebene im politischen Mehrebenen-System anerkannt hat. Neu ist zudem, dass sich der nun vorgelegte Vorschlag als interinstitutionelle Vereinbarung nicht mehr nur auf Europäische Kommission und

Europäisches Parlament, sondern nun auch auf den Rat beziehen soll. Der Vorschlag gilt als Vereinbarung und nicht als förmlicher Rechtsakt, auch wenn er als „verbindlich“ betrachtet wird.

Der neue Vorschlag enthält eine Liste von Organisationen, die keiner Eintragungspflicht unterliegen. Neben Kirchen und politischen Parteien sind dies auch die kommunalen Gebietskörperschaften sowie deren Zusammenschlüsse und Verbände, solange sie ausschließlich für eben diese Gebietskörperschaften tätig sind. Die EU hatte vor einem Jahr zu einer öffentlichen Konsultation zum geplanten, verpflichtenden Transparenzregister aufgerufen. Daran hat sich auch eine große Zahl an Kommunen und Landkreisen beteiligt. Auch die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände hatte sich mit einem Präsidentenanschreiben an den ersten Vizepräsidenten der EU-Kommission gewandt. Hier hat sich der Einsatz der Kommunalvertreter also gelohnt. Es bleibt abzuwarten, wie das Europäische Parlament und der Rat sich vor dem finalen Beschluss positionieren werden. Es gilt aber als wahrscheinlich, dass die neue Fassung so akzeptiert wird.

Beschlussvorschlag:

Kenntnisnahme